

## Die Bedeutung des Projekts für Tanganjika

Wenn alle Verantwortlichen und Beteiligten das hier beschriebene Projekt Sukumaland mit der gleichen Umsicht und Gewissenhaftigkeit, mit der es geplant ist, nach und nach zu verwirklichen suchen, dann wird Gottes Segen gewiß nicht ausbleiben und dem Bemühen um eine „Entwicklung“ der Region Erfolg schenken.

Welche Bedeutung hätte ein „entwickeltes“ Sukumaland für Tanganjika? Tanganjika verfügte dann mit Sukumaland über eine Region, die nicht mehr unter offenem und latentem Hunger litt, nicht mehr unter hoher Sterblichkeit, Kindersterblichkeit, nicht mehr unter Krankheiten und Seuchen, nicht mehr unter Unwissenheit und Analphabetismus und elenden Wohnverhältnissen. Kurz: Tanganjika besäße in Sukumaland eine Region, die nicht mehr unter den Faktoren litt, die bisher alle Bemühungen und Anstrengungen um ein menschenwürdiges Dasein immer wieder in Frage stellten oder zunichte machten. Ein „entwickeltes“ Sukumaland bedeutete für Tanganjika, eine Provinz zu haben, in der nicht etwa eine statik wohlgeordneter Verhältnisse erreicht wäre, sondern in der die negativen und instabilen sozialen und wirtschaftlichen Faktoren ausgemerzt wären. Das heißt: der allen sozialen und wirtschaftlichen Prozessen eigentümliche Trend mit entweder positiven oder negativen Folgen würde durch die Verwirklichung des Projekts mit Sicherheit in generell positive Richtung gelenkt werden (was bis jetzt noch nicht der Fall ist). Im Umschlagen-Lassen negativer oder instabiler sozialer und wirtschaftlicher Trends einer Region in positive — durch geeignete gesteuerte und als Ganzes konzipierte Maßnahmen — besteht die eigentliche Aufgabe und Leistung struktureller „Entwicklungshilfe“.

Wird durch die Verwirklichung des Projekts in der See-  
provinz eine positive Entwicklung eingeleitet und gelingt es, auch in anderen Regionen Tanganjikas einen solchen Prozeß mit positiven Folgen einzuleiten, etwa in dem durch den Handel relativ reichen Gebiet an der Ostküste und im Kilimandscharogebiet, wo die Dschagga heute schon aus ihrer Landarbeit Überschüsse erwirtschaften, dann wäre es nur eine Frage der Zeit, bis Tanganjika über drei oder vier „Wohlstandszentren“ verfügte. Von ihnen aus müßten dann die dazwischen liegenden „unterentwickelten“ Gebiete saniert und „entwickelt“ werden.

## Ökumenische Nachrichten

**Die Orthodoxie am Jahresanfang 1960** Nachdem es in den vergangenen Jahren dem Moskauer Patriarchat wiederholt gelungen war, die Weltorthodoxie mehr oder weniger vollständig bei sich zu versammeln, scheint sich jetzt das Schwergewicht orthodoxer Einheitsbestrebungen in die Bereiche der griechisch-orthodoxen Kirchen des östlichen Mittelmeerraumes zu verlagern. Eifrige Förderer der panorthodoxen Bewegung sind hier die Patriarchen der alten historischen Sitze von Alexandrien, Antiochien, Konstantinopel und Jerusalem. Dem Patriarchen von Konstantinopel, dem das Ehrenprimat in der Orthodoxie zukommt, ist es gelungen, auf diesem Wege am weitesten vorzudringen. Voraussetzung und Grundlage seines Einflusses sind das in Europa, Amerika, Australien und

Afrika verstreute, großenteils recht einflußreiche Griechentum, die von ihm konsequent unterstützte Ökumenische Bewegung mit ihren Organisationen und Verbindungen in aller Welt und nicht zuletzt sein persönliches Geschick, das ihm viele Wege auch im Spiel der internationalen Politik geöffnet hat.

Zum Studium der Probleme und Möglichkeiten eines engeren Zusammenschlusses der orthodoxen Kirchen und der Wiedervereinigung der monophysitischen und nestorianischen östlichen Nationalkirchen mit der Orthodoxie wurde beim Patriarchat Konstantinopel kürzlich ein Synodalausschuß für gesamtchristliche Fragen gebildet. Patriarch Athenagoras I. hat sich ferner zu einer persönlichen Initiative entschlossen, der außerordentliche Bedeutung zukommt. Die Tradition seiner Vorgänger durchbrechend, die seit der Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453 weder die Türkei verließen noch die ihnen im Rang nachstehenden anderen drei östlichen Patriarchen besuchten, begab er sich Mitte November vergangenen Jahres auf eine Reise in den Nahen Osten, um die Patriarchen von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem zu besuchen. Offiziell sind dies Gegenbesuche, aber der eigentliche Zweck der Reise ist — im kirchlichen Sinn — hochpolitisch: Athenagoras I. möchte mit seinen Amtsbrüdern einen engeren Zusammenschluß und eine Stärkung der orthodoxen Kirche im Nahen Osten erreichen. Es müssen also die brennenden Probleme des Verhältnisses zwischen Griechen und Arabern innerhalb der Orthodoxen Kirche und zwischen der Kirche und den arabischen Staaten besprochen werden. Auf der Basis einer nach außen hin und in ihrem inneren Zusammenhalt gestärkten Orthodoxie ist sodann das Problem der Wiedervereinigung mit den monophysitischen Armeniern und Kopten dringend, und alles das soll schließlich den nötigen Rückhalt für ein geschlossenes Auftreten gegenüber den anderen christlichen Kirchen und im Weltrat der Kirchen sichern. Athenagoras I. will sogar das Risiko eingehen, diese für die Orthodoxe Kirche lebenswichtigen Fragen auf einer panorthodoxen Synode verhandeln zu lassen.

### Vorbereitungen einer panorthodoxen Synode

Zunächst ist eine vorbereitende panorthodoxe Konferenz für Juli dieses Jahres auf der zum kirchlichen Jurisdiktionsbereich des Patriarchen von Konstantinopel gehörenden griechischen Insel Rhodos vorgesehen. Aller Voraussicht nach werden die hier zusammenkommenden orthodoxen Kirchenführer eine für die Gesamtorthodoxie repräsentative Erklärung zum Problem der gesamtchristlichen Wiedervereinigung ausarbeiten, die sowohl dem Weltrat der Kirchen als auch Rom vorgelegt werden soll, so daß sich sowohl die 3. Vollversammlung des Weltrats der Kirchen als auch das geplante Konzil der katholischen Kirche damit zu befassen haben werden. Ob der Patriarch von Konstantinopel mit diesem Zeitplan Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Die außerordentlich rege Reisetätigkeit orthodoxer Hierarchen und Kirchenoberhäupter dient offensichtlich der Vorbereitung dieser Konferenz. Aber ihr Zustandekommen ist natürlich durch eine Verständigung unter den orthodoxen Kirchen außerhalb des kommunistischen Machtbereichs allein nicht gesichert. Zustandekommen und Erfolg hängen weitgehend von der Teilnahme und der Haltung der Russischen Kirche und der übrigen autokephalen Kirchen unter kommunistischer Herrschaft ab. Schon diese Vorkonferenz hätte alle Chan-



cen, einen historischen Wendepunkt in der neueren Geschichte der Orthodoxie zu markieren. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß man in der Orthodoxie allenthalben gewillt und bemüht ist, innere Gegensätze auszugleichen. Ein Musterfall dafür war die Neuwahl des Patriarchen von Antiochien (November 1958), bei der erhebliche politische, kirchenpolitische und nationale Gegensätze durch freiwillige Verzichte und kluge Zurückhaltung schnell überwunden werden konnten. Auch der Gegensatz zwischen den repräsentativsten orthodoxen Patriarchaten — Konstantinopel und Moskau — ist merklich entschärft, so daß Athenagoras I. hoffen kann, daß die Russen und in ihrem Gefolge die orthodoxen Vertreter aus Rumänien, Bulgarien und den anderen Volksdemokratien nach Rhodos kommen.

Die große Unbekannte ist hier die Entscheidung der sowjetischen Außenpolitik. Wird diese, ihrer bisherigen Linie folgend, trotz verschärfter antireligiöser und antikirchlicher Propaganda in Presse und Öffentlichkeit der Sowjetunion die Kirche nach außen hin weiterhin stützen und versuchen, über die Delegation des Moskauer Patriarchats die Konferenz auf Rhodos zum außenpolitischen Erfolg umzumünzen? Zweifellos eine schwierige Entscheidung für die Sowjets, denn auch die Initiative des Patriarchen von Konstantinopel ist hinsichtlich ihrer politischen Abstützung nicht ganz durchsichtig. Gewiß, auch die Türkei, die in letzter Zeit einen merklichen Umschwung zugunsten eines positiven Verhältnisses zum Patriarchen von Konstantinopel vollzogen hat und ihm den Salonwagen des türkischen Staatspräsidenten für seine Reise zur Verfügung stellte, gehört zur NATO. Aber auch Staatspräsident Nasser hat bei der Ankunft Athenagoras' in Damaskus offizielle Ehrungen in Szene setzen lassen, wie sie von mohammedanischer Seite niemals zuvor einem christlichen Kirchenführer bezeigt worden sind („Christ und Welt“, 10. 12. 59).

#### *Russische Kirche und Weltrat der Kirchen*

Ein gutes Vorzeichen für Rhodos ist die positive Einstellung, die in letzter Zeit vom Moskauer Patriarchat der Ökumenischen Bewegung gegenüber gezeigt wird. Eine Annäherung an den Weltrat der Kirchen bringt die Russische Kirche auch den in ihm mitarbeitenden anderen orthodoxen Kirchen näher. Metropolit Nikolaj hat als Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats der letztjährigen Tagung des Zentralaussschusses des Weltrats auf Rhodos eine Grußbotschaft zukommen lassen, die von einer „großen Sympathie für die Ökumenische Bewegung“ spricht und entgegen der früheren Linie des Moskauer Patriarchats auch zustimmende Worte für die soziale Aufgabenstellung des Weltrats enthält. „Wir Orthodoxen können nur mit den Maßnahmen sympathisieren, die der Weltrat der Kirchen ergriffen hat und die auf eine Lösung vieler sozialer Probleme unserer Zeit abzielen. Der Kampf gegen soziale Unwahrhaftigkeit — denn wir haben die Wahrheit Christi erkannt —, die Bemühungen, den unterentwickelten Völkern zu helfen, die Verurteilung von Kolonialpolitik und Rassendiskriminierung, all das verdient nach den Geboten des christlichen Glaubens die aktive Unterstützung aller Christen.“ Doch nach wie vor sieht die Russische Kirche die Hauptaufgabe in der Wiederherstellung der dogmatischen Einheit. „Jedoch halte ich es für notwendig“, fährt der Metropolit fort, „die Hoffnung auszusprechen, daß die sozialen Anliegen des

Weltrates der Kirchen nicht die Hauptaufgabe der Ökumenischen Bewegung überschatten mögen, die durch verschiedene Auslegungen zerstörte Einheit im Glauben wiederherzustellen. Wir Christen müssen über den politischen Gegensätzen unserer Zeit stehen und den gespaltenen Völkern ein Vorbild an Einsicht, Frieden, Brüderlichkeit und Liebe geben, indem wir aller selbstgenügsamen Isolierung und allen Formen von Unfreundlichkeit absagen“ (OePD, 28. 8. 59).

Eine Delegation des Weltrats unter Führung des Generalsekretärs Dr. Visser 't Hooft stattete im Dezember der Russischen Kirche einen zweiwöchigen Besuch ab. In Erwiderung der russischen Besuche in Utrecht und Genf ist damit zum ersten Mal eine internationale ökumenische Gruppe Gast des Moskauer Patriarchen gewesen.

Ein engerer organisatorischer Kontakt konnte allerdings noch immer nicht hergestellt werden. Die Delegation unterstrich eindringlich — besonders durch Ausführungen des Direktors der Kommission für Internationale Angelegenheiten, Dr. Nolde —, daß sich der Weltrat der Kirchen nicht mit „vagen Allgemeinheiten“ zufriedengeben könne (Frieden, allgemeine Abrüstung usw.), die „harten Realitäten des politischen Alltags“ zu sehen habe und die innere Entscheidungsfreiheit haben müsse, um „seine Positionen festlegen und gegebenenfalls solche Regierungen kritisieren zu können, die die Freiheit und den Frieden gefährdeten“. Unter dem Eindruck dieser Erklärungen konnte das politisch gebundene Moskauer Patriarchat natürlich nicht über eine Mitgliedschaft im Weltrat verhandeln, da es einseitig auf die sowjetische Friedensbewegung festgelegt ist.

Dr. Visser 't Hooft teilte nach Rückkehr mit, daß keine offiziellen Verhandlungen geführt, jedoch die Möglichkeiten zur Erweiterung der Kontakte ausführlich erörtert wurden. Man rechne besonders mit einem verstärkten Besuchs- und Literaturaustausch (OePD, 22. 12. 59). Zweifellos wird das Ergebnis sich in irgendeiner Form auch auf die Beziehungen der russischen zu den anderen orthodoxen Kirchen auswirken. Seit dem Entstehen der Ökumenischen Bewegung in den zwanziger Jahren hat es sich immer wieder gezeigt, daß die Kontakte mit ihr der Selbstbesinnung der Orthodoxen und dem gesamtorthodoxen Einheitsbewußtsein sehr förderlich waren. In klarer Erkenntnis dieses Sachverhalts plant der Patriarch von Konstantinopel auf der Insel Rhodos die Errichtung eines Ökumenischen Zentrums im Kloster Philerimos, das ab Sommer 1960 alljährlich Hierarchen, Kleriker und Theologen aller orthodoxen Kirchen zu ökumenischen Studien vereinen und unter ihnen eine einheitliche Meinungsbildung fördern soll. Die Russische Kirche soll ihr Interesse an diesem Institut bereits geäußert haben (OePD, 2. 10. 59), wie bereits Erzbischof Jakovos von New York bekanntgegeben hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 67).

#### *... und Rom*

Wenn die panorthodoxe Konferenz auf Rhodos den doppelten Anruf der westlichen Christenheit zu beantworten haben wird — die Vereinigungsbemühungen der Ökumenischen Bewegung und den Konzilsplan des Papstes —, wird die Stimme der Russischen Kirche von ausschlaggebender Bedeutung sein. Vorläufig sind die Tendenzen innerhalb der Russischen Kirche schwer einzusehen. Die traditionelle Haltung der Russen ist, die Reforma-



tion als inneres Problem des Westens zu betrachten und erst nach seiner Bereinigung das Wiedervereinigungsgespräch mit dem Westen, d. h. mit der katholischen Kirche, aufnehmen zu wollen. Man wird sich erinnern müssen, daß der — jetzt allerdings im Hintergrund verschwundene — Hauptsprecher des Moskauer Patriarchats gegen die Beteiligung an der Ökumenischen Bewegung auf dem Moskauer Konzil von 1948 versicherte, die Russische Kirche werde sich von der Ökumenischen Bewegung niemals für eine gegen die katholische Kirche gerichtete Politik gebrauchen lassen. Die Haltung zu Rom und zur Reformation hat Nikolaj Uspenskij, Professor der Leningrader Geistlichen Akademie, auf einer ökumenischen Studententagung in Helsinki im Mai 1958 folgendermaßen umrissen: „Die Orthodoxe Kirche und insbesondere die russisch-orthodoxe Regionalkirche ist betrübt sowohl über den 1054 erfolgten Bruch der Römischen Regionalkirche mit der Griechischen Kirche als auch über die in der Römischen Kirche selbst vor sich gegangenen Glaubensabweichungen von der Grundlage der Konziliarität (Sobornost'), als diese Kirche, die doch nur eine Regionalkirche war, neue Dogmen vorzubringen begann. Sie ist betrübt auch über jene Unordnungen in der Römischen Kirche, die im 16. Jahrhundert zum Aufkommen neuer christlicher Bekenntnisse in ihrem Schoße führten, die jener ersten Eigenschaft konziliarischen Wesens (Sobornost') entbehrten, von der der hl. Ignatius von Smyrna schrieb, nämlich der Hierarchie, die die apostolische Sukzession (in) der Gnade hat. Aber sie hat bis heute ‚konziliar‘ weder die Hierarchie der Römischen Kirche noch ihr Volk, noch die Reformatoren und ihre Anhänger verurteilt, wie sie das mit den alten Häretikern und Schismatikern tat, denn sie sieht bei ihnen keine Verstockung gegen die ihrem Wesen nach konziliäre Kirche, wie sie jene zeigten. Sie glaubt: ‚Wenn auch einige von den Zweigen ausgebrochen sind... Gott kann sie wohl wieder einpfropfen‘ (Röm. 11, 17 und 23)“ (Journal des Moskauer Patriarchats Nr. 7, 1959, S. 51).

Über verschiedene Verlautbarungen des Patriarchen von Konstantinopel, der die Annäherung an die katholische Kirche wärmstens begrüßt, falls der Papst nur von der Position eines Patriarchen des Westens aus verhandelt, andererseits aber die Wiedervereinigung der Christenheit mit Einschluß der Protestanten verwirklicht sehen will, haben wir früher berichtet. Athenagoras I. sucht die hinsichtlich der Probleme gesamtchristlichen Zusammenschlusses in der griechischen Orthodoxie bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu vereinen. Die ökumenische Linie wird vor allem durch eine starke Gruppe von Theologieprofessoren befolgt; ihr steht ein mehr katholisch orientierter Teil der Hierarchie gegenüber. Der frühere Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel beim Weltrat der Kirchen und jetziger Exarch in Amerika, Erzbischof Jakovos, hat bei voller Stützung der ökumenischen Kirchenpolitik seines Patriarchen zu verstehen gegeben, daß sich die orthodoxe Kirche der katholischen gegenüber viel verwandter fühlt als den Protestanten gegenüber. Unmißverständlich hat sich der einflußreiche Exarch des Patriarchen von Antiochien in Amerika, Erzbischof Antonius Bashir, zum Sprecher der katholisch orientierten Gruppe in der Orthodoxie gemacht. Er forderte alle orthodoxen Kirchenführer auf, die mit der Einberufung des Konzils zusammenhängenden Bemühungen des Papstes um die christliche Einigung zu unterstützen, schlug die Einberufung eines orthodox-katholischen Theologentreffens durch

den Papst und den Patriarchen von Konstantinopel vor und warnte vor einer Beteiligung der Protestanten, da diese „infolge der enormen und grundlegenden Lehrunterschiede nur zum Chaos führen“ könne (OePD, 4. 12. 59).

Man erinnert sich, daß sich der Patriarch von Antiochien selbst sehr positiv zum römischen Konzilsplan geäußert und die Bereitschaft der Orthodoxen angekündigt hat, den Papst als primus inter pares anzuerkennen. Während seines mit großem Gepränge gefeierten Aufenthaltes beim Moskauer Patriarchen (Juli 1959) wird er diesen zweifellos für seine Gedanken zu gewinnen versucht haben.

Die „katholische“ Linie in der Orthodoxie wird vermutlich auch von der Athener Regierung unterstützt, der an guten Beziehungen zum Vatikan gelegen ist, die aber bisher auf den entschiedenen Widerstand der Kirche von Griechenland gestoßen ist. Ob der von Ministerpräsident Karamanlis arrangierte Besuch des Athener Erzbischofs beim Patriarchen von Konstantinopel (Juni 1959) hier eine Wandlung geschaffen hat, wird die künftige Entwicklung erst zeigen.

#### *Union mit den Altkatholiken in Sicht?*

Während sich die Beziehungen der Orthodoxie zur Ökumenischen Bewegung und zur katholischen Kirche unter starker Beleuchtung durch die Weltpolitik in Ost und West entwickeln, vollzieht sich in einer mehr verborgenen Kleinarbeit ein Annäherungsprozeß von prinzipieller Bedeutung, der weittragende Folgen haben kann. Wegen der Geringfügigkeit politischen Einsatzes gewinnt dieser Prozeß an kirchlicher Bedeutung. Sowohl vom Patriarchat Konstantinopel als auch vom Patriarchat Moskau her ist man in den Gesprächen mit altkatholischen Hierarchen und Theologen (besonders der deutschen Altkatholiken) so weit gekommen, daß die Wiederaufnahme der Ende des vorigen Jahrhunderts begonnenen, dann aber abgebrochenen Wiedervereinigungsgespräche bevorzustehen scheint. Der Plan des Patriarchen von Konstantinopel, in Westeuropa ein orthodoxes Studienzentrum zu errichten, in dem orthodoxe Priester und Theologen mit den religiösen und sozialen Verhältnissen im Westen bekannt gemacht werden sollen, wird nunmehr im Rahmen der Altkatholischen Fakultät Bonn verwirklicht werden. Bedeutungsvoll war ferner der wenig beachtete Besuch einer altkatholischen Delegation unter Führung des Bischofs der deutschen Altkatholiken, Johannes Josef Demmel, beim Moskauer Patriarchat. Diesem Besuch war eine wiederholte Behandlung der Frage der Beziehungen zu den Altkatholiken im Journal des Moskauer Patriarchats vorausgegangen. In Moskau wurde ein Gegenbesuch der Russen vereinbart, der aller Wahrscheinlichkeit nach die offizielle Wiederaufnahme des Unionsgesprächs beider Kirchen mit sich bringen wird. Als Bischof Demmel in Moskau den Wunsch aussprach, dem russischen Patriarchen möge es vergönnt sein, das große Werk des Zusammenschlusses beider Kirchen zu leiten, erhob sich von seiten aller anwesenden Hierarchen und Kleriker demonstrativer Beifall und eine Ovation für den Patriarchen, die die Ernsthaftigkeit der Sympathien zur altkatholischen Kirche deutlich erkennen ließ. Metropolit Nikolaj sagte, wenn sich die Orthodoxe Kirche einer anderen christlichen Kirche nah und verwandt fühle, dann in erster Linie der altkatholischen. Von größtem Gewicht ist in diesem Zusammenhang, daß der Patriarch von Konstantinopel auch



Vertreter der Altkatholiken zur Teilnahme an der pan-orthodoxen Konferenz auf Rhodos eingeladen hat.

### *Verstärkte Beachtung der orthodoxen Grenzgebiete*

Das Jahr 1959 hat eine verstärkte Aktivität verschiedener orthodoxer Kirchen zur Vereinigung mit den monophysitischen östlichen Nationalkirchen gezeigt. Mit Nachdruck verfolgt jetzt auch das Patriarchat Moskau diese Linie. Die für Juli geplante orthodoxe Vorkonferenz auf Rhodos wird ein besonderes Gesicht erhalten, falls die Oberhäupter der koptischen Kirchen von Ägypten und Äthiopien und der Armenischen Kirche die an sie ergangenen Einladungen des Patriarchen von Konstantinopel annehmen. Auf missionarischem Gebiet versucht man, die von uns gemeldeten Ansätze zu unterstützen und zu vertiefen. Den seit einiger Zeit von verschiedenen orthodoxen Jugendgruppen, besonders von den Russen in Paris versuchten Hilfsaktionen schloß sich Ende 1959 die Kirche von Griechenland an, indem sie in allen Gemeinden Sammlungen für die Errichtung von orthodoxen Kirchen und Institutionen in Uganda (Ostafrika) veranstaltete (OePD, 27. 11. 59).

Während somit die orthodoxen Kirchen zu Beginn des Jahres 1960 nach außen hin ein geschlosseneres Bild zu bieten scheinen und die Chancen für gesamtorthodoxe Aktionen selten günstig stehen, ist aber ihr inneres Gefüge und ihre geistige Gesamtsituation von Gefahren und Problemen bedroht, deren schwerwiegendstes dasjenige der inneren Integrität der Russischen Kirche ist, die sich auch im vergangenen Jahr einer ständig zunehmenden Flut antireligiöser und antikirchlicher Propaganda in Staat und Gesellschaft gegenüber sah. Hierauf werden wir später zurückkommen.

## Aus der jüdischen Welt

### **Die Wahlen in Israel**

Der Ausgang der Wahlen zur 4. Knesseth (Parlament), die Anfang November 1959 in Israel abgehalten wurden, brachten einen erheblichen Stimmenzuwachs für die bisherige Regierungspartei MAPAI (Israelische Arbeiterpartei, etwa der englischen Labour Party vergleichbar). Der Anteil der MAPAI an den Wählerstimmen erhöhte sich von 32,2 auf 38,5 Prozent. In Israel wird dieser Stimmenzuwachs als eindeutiger Wahlsieg der Partei des Ministerpräsidenten Ben Gurion angesehen.

Die Wahlen wurden von der israelischen Öffentlichkeit vor allem als ein Machtkampf zwischen der rechtsradikalen Cheruth-Partei (die gelegentlich und nicht ganz zu Unrecht als faschistisch bezeichnet wird) und der MAPAI betrachtet. Die Cheruth hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 12,6 Prozent der Stimmen erhalten und war somit die zweitstärkste Partei im Lande. Die rechtsstehende bürgerliche Partei der „Allgemeinen Zionisten“, die der Cheruth sehr nahestand, hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 10,2 Prozent erreicht, so daß die Aussichten der Cheruth keineswegs ungünstig schienen. Die Cheruth hat, wie es scheint, den fatalen Fehler begangen, daß sie den Wahlkampf mit der Losung „Weg mit der MAPAI, die Cheruth an die Regierung“ führte. Das mag viele Wähler nachdenklich gemacht haben, die unter Umständen die Cheruth gewählt hätten. Die anderen Punkte des Wahl-

programmes der Cheruth: Vorwürfe gegen die Außenpolitik der Regierung (verbunden mit der Forderung nach „einem Marsch an den Jordan“), stärkere Unterstützung des Mittelstandes und Forderung nach wirtschaftlichen Reformen in Form einer Liberalisierung, traten dagegen zurück, nicht zuletzt deshalb, weil mit Ausnahme der äußeren Linken und von den militärpolitischen Forderungen abgesehen alle anderen Parteien mit ähnlichen Programmen in den Wahlkampf gingen. So wurde es denn als eine schwere Niederlage gewertet, daß die Cheruth nur 13,4 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Die Cheruth hat damit vermutlich ihre größte Ausbreitungsmöglichkeit erreicht. Da sie mit der Regierungspartei keine Koalition eingehen kann, ohne den Rest ihrer Anziehungskraft einzubüßen, und sie ebenso wie die Kommunisten nicht als koalitionsfähig gilt, wird sie in Zukunft bedeutungslos sein. Die der Cheruth nahestehenden „Allgemeinen Zionisten“ erhielten nur noch 6,3 Prozent, was auf die Unsicherheit der Parteilinie zurückgeführt wird. Offensichtlich wurde der größte Teil der Stimmen an die MAPAI verloren.

Einer der wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der MAPAI war die Forderung nach einer Wahlreform (Persönlichkeitswahl nach englischem Muster), die eine klare Regierungsmehrheit und, wie Ministerpräsident Ben Gurion meinte, auch eine eindeutige Opposition ermöglichen würde. Gegenüber den religiösen Parteien wurde die Forderung nach „Religionsfreiheit“ hervorgehoben und das sog. Religionsmonopol der Orthodoxie in Israel (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 35) heftig angegriffen. So hieß es z. B. in einer Wahlanzeige der MAPAI (Jerusalem Post, 2. 10. 59): Die Nationalreligiöse Partei macht die Religion zu einem Gegenstand der Politik und nicht des Gewissens. „Die MAPAI würde sich freuen, wenn die jüdische Religion im ganzen Staate Israel, dem Lande der Propheten, blühen und gedeihen würde. Deshalb glaubt die MAPAI an religiöse Freiheit. Sollen doch jene, die glauben, die Ungläubigen bekehren und nicht mit Steinen nach ihnen werfen.“ Die MAPAI umging so in ihrer Wahlpropaganda die eigentlichen Probleme, indem sie die Einflußnahme der religiösen Parteien bzw. des Rabbinats auf die Gesetzgebung als bloße Unduldsamkeit hinstellte. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß es im orthodoxen Judentum nicht nur persönliche Gewissensentscheidungen gibt, sondern auch den Grundsatz der kollektiven Verantwortung des Volkes vor Gott.

Der Wahlsieg der MAPAI wurde zweifellos durch den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach einer politischen Stabilisierung herbeigeführt. An den Wahlen nahmen ca. 70 000 Erstwähler und etwa die gleiche Zahl neuer Einwanderer teil. Man befürchtete, daß von diesen 140 000 Wählern viele die Cheruthpartei wählen würden. In den letzten Monaten vor den Wahlen war es wiederholt zu Unruhen unter den nordafrikanischen Neueinwanderern gekommen, die nur sehr schwer und zum Teil noch gar nicht in das wirtschaftliche Leben eingegliedert werden konnten und die besonders unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Zudem wird das öffentliche Leben faktisch von den europäischen Juden beherrscht, so daß sich die orientalischen Juden benachteiligt fühlen. Diese Situation wurde vor allem von der Cheruth und von den Kommunisten in ihrer Wahlpropaganda ausgenutzt. Die übrigen Parteien bewarben sich um die Stimmen der orientalischen Juden, indem sie orientalische Kandidaten an sicherer Stelle auf ihre Wahllisten setzten.